

Kommentar zur Verabschiedung des neuen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (verabschiedet am 12.3.03)

Warum tut sich Bayern so schwer ein Gesetz zu verabschieden, das behinderten und nicht behinderten Kindern erlaubt gemeinsam in allgemeinen Schulen zu lernen?

Warum muss man in Bayern auf PISA mit mehr Stränge und Härte reagieren, anstatt – wie in den Siegerländern - auf die schulische Integration aller Schüler zu bauen?

Warum müssen in Bayern jedes Jahr Familien ihre Sachen zusammenpacken und in ein anderes Bundesland oder Land umziehen, nur damit ihr behindertes Kind eine normale Schule integrativ besuchen kann?

Wie viele Fragen müssen wir Eltern von behinderten Kindern noch stellen? Wird es jemals in Bayern eine Antwort darauf geben?

Um was geht es hier eigentlich?

In Bayern gibt es ein Gesetz, das BayEUG (Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz) in dem festgeschrieben ist, welcher Schüler unter welchen Voraussetzungen in welche Schule gehen darf. Hier stand bis gestern, dass nur Schüler die allgemeine Schule besuchen dürfen, wenn zu erwarten ist, dass sie das Lernziel erreichen, das das Kultusministerium für diese Schulart festgesetzt hat. Seit der gestrigen Novellierung des Gesetzes ist diese Lernzielgleichheit von der Regierungsmehrheit scheinbar fallengelassen worden, trotzdem wird nach dem neuen Gesetz Integration für die meisten Eltern weiterhin Illusion bleiben. Denn auch in dem neuen Gesetz steht, dass das zu fördernde Kind „wenigstens“ aktiv am Unterricht teilnehmen können muss. Und ob es das kann, bestimmen „Fachleute“ - zu denen die Eltern selbstredend nicht gehören. Die Eltern müssen deshalb außen vor bleiben, weil per Gesetz nur ca. 2 Förderstunden pro Woche für die Integration zugestanden werden (in der Praxis sogar nur eine), was zur Folge hat, dass die meisten Lehrer sich zu Recht gegen diese Form der Schmalspurintegration entscheiden werden. Das ist die schlechte Nachricht.

Doch nun zur guten Nachricht: weil künftig Eltern die Eingliederungshilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) auch für die Integration in die allgemeine Schule beanspruchen können.

Bisher war dies nicht möglich: seit einem Urteil des BayVGH aus dem Jahr 2000 war klar, dass Eingliederungshilfe bei sonderschulpflichtigen Kindern nur an die Sondereinrichtung gezahlt werden durfte. Da das neue BayEUG die Unterrichtung lern- oder selbst geistigbehinderte Kinder an der Regelschule nicht mehr generell verbietet, kann auch der Sozialhilfeträger behinderte Schüler nicht mehr an die Sonderschule verweisen, wenn sie eine Regelschule finden, die bereit ist, sie aufzunehmen.

Und so manche Schule ist hierzu bereit - zumal wenn mit Hilfe des BSHG ein Integrationshelfer gestellt wird.

Allerdings wissen die wenigsten Eltern von ihren Rechten und Möglichkeiten.

Nähere Informationen und Unterstützung bietet der gemeinnützige Verein elwela. gemeinsam leben - gemeinsam lernen Augsburg und Schwaben e.V.

Kontakt:

Erhard Brahm, Tel.: 08294 - 2644

Martina Buchschuster, Tel. 0821/4862858